

Lässt sich Zivilcourage lehren/lernen? Möglichkeiten und Grenzen von nichtassistiver Erwachsenenbildung

Seit Sommer 2000 wird dem Problem des Rechtsextremismus in Deutschland mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Ein „Aufstand der Anständigen“ wird gefordert. „National befreite Zonen“ werden endlich als Skandal erkannt, und die Täter aus der rechten Szene auch als solche identifiziert.

In dieser Stimmung erlebt die politische Bildung eine öffentliche Wertschätzung, wie schon lange nicht mehr. Neben der strafrechtlichen Verfolgung wird ihr eine Hauptrolle im Kampf gegen den Rechtsextremismus übertragen. Sonderprogramme werden aufgelegt und mit finanziellen Mitteln ausgestattet, auch wenn es sich manchmal um Mogelpackungen handelt (siehe z.B. XENOS – doch das wäre ein anderes Thema). Natürlich beginnen wir auch im Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. (VNB), über mögliche Projekte und Maßnahmen nachzudenken.

Herbst 2000 – 29. Oktober. Ein Montag nach einem Wochenende ohne große bundespolitische Ereignisse. Eine Meldung der Nachrichtenagentur dpa wird von den Medien aufgegriffen. Bundesweit berichten Zeitungen und Rundfunksender, dass in Himbergen Rechtsextremisten eine türkische Familie überfallen haben. Himbergen ist mein Arbeitsort: hier existiert eine Bürogemeinschaft der regionalen VNB-Geschäftsstelle und des VNB Mitglieds „Tagungshaus Himbergen“ e.V.

Der abrupte Wandel von „grauer Theorie“ und mittelbarer Empörung zum unmittelbaren, „bildungspolitischen Ernstfall“

Himbergen ist ein ganz normales Dorf im Landkreis Uelzen: 1000 Einwohner. Schule, Kirche, EDEKA-Markt und der Sportler-Treff bilden die kommunikativen Mittelpunkte der Gemeinde. Außerdem betreibt der Verein „Tagungshaus Himbergen“ hier seit 10 Jahren eine Bildungsstätte, in der seit fünf Jahren auch das Regionalbüro der VNB-Landeseinrichtung seinen Platz hat.

Aus den unterschiedlichsten Gründen stehen am Montag nach dem Überfall die Telefone in unseren Büros nicht mehr still: Freunde und Bekannte, Kollegen, Medienvertreter, Nachbarn. Menschen, die der Meinung sind wir wüssten eventuell mehr über die Ereignisse, die Informationen suchen und/oder ihre Unterstützung anbieten wollen. Egal was „mensch“ für diese Tage geplant hat, es gibt plötzlich nichts Wichtigeres mehr.

In der ersten Zeit stehen spontane Aktionen im Mittelpunkt. Eine Solidaritätsdemo wird organisiert, eine öffentliche Ratssitzung – 300 Besucher, einschließlich des türkischen Konsuls – durchgeführt und ein „Runder Tisch gegen rechte Gewalt“ mit mehreren Arbeitsgruppen installiert. Alle Veranstaltungen finden in Räumen des Tagungshauses Himbergen statt und werden von uns moderiert. Unsere Erfahrung aus der Moderation von Veranstaltungen in der Erwachsenenbildung ist hier sehr hilfreich und trägt nicht unwesentlich dazu bei, dass die Anfangsmotivation direkt nach dem Überfall – „etwas tun zu wollen“ –, in konkrete Projekte mündet.

Unter anderem gründet sich eine Arbeitsgruppe „Telefonkette“ die sich zum Ziel setzt, der betroffenen türkischen Familie zu zeigen, dass die Dorfgemeinschaft gewillt ist ihr beizustehen und ggf. aktiv gegen die Gewalttäter von Rechts einzuschreiten. Schon in den ersten Diskussionen wird allerdings deutlich, dass wir „Familienväter und -mütter“ wahrscheinlich keine allzu effektive Unterstützung sind und im schlimmsten Fall eher zu einer gewaltförmigen Eskalation beitragen würden.

Damit die Bereitschaft, Schutz vor rechten Gewalttätern zu organisieren wirkungsvoll sein kann und um zu vermeiden, dass sich Einzelne in Gefahr bringen, vereinbaren wir mit der Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion „Kurve“ e.V. zwei Trainings „Zivilcourage“. Durch Simulationsübungen wird ein Verhalten trainiert, das es uns ermöglichen soll, in Situationen entstehender Gewalt entschlossen und schnell zu reagieren, ohne neue Gewalt hervorzurufen. Diese Trainingsangebote sind – dank der zeitlichen Nähe zum Überfall und der emotionalen Betroffenheit – gut besucht und werden zum großen Teil von „bildungsfernen“ Teilnehmern/innen wahrgenom-

men: Rentner und Hausfrau, Schülerin und Lehrer, Sekretärin und Köchin, alle Alters- und Bevölkerungsgruppen sind vertreten.

Eine weitere Arbeitsgruppe gibt sich den Namen „miteinander leben“ und nimmt den Überfall zum Anlass, die Integration von Neubürgern – von Baden-Württemberg bis zu den Philippinen – zu verbessern. In der Anfangszeit wird außerdem ein Vortrag mit Klaus Farin – Archiv der Jugendkulturen Berlin – zum Thema „rechtsextreme Jugendkultur“ im Tagungshaus angeboten. Auch dieser ist sehr gut besucht.

Aus der konkreten Arbeit in der Gemeinde ergeben sich für mich zahlreiche neue Kontakte und Erkenntnisse, die ihren Ausdruck in einigen Bildungsveranstaltungen finden, die ich im Folgenden kurz vorstellen und bewerten möchte:

Trainings gegen Rechts

Eigene Handlungsspielräume erkennen und ausbauen, so kann das Ziel der „Trainings gegen Rechts“ formuliert werden. Um sich diesem Ziel anzunähern wird das Seminar in drei Teilen geplant:

- theoretisch – politische Einführung in Struktur und Entstehung rechtsradikaler Bewegung
- Training in Zivilcourage, Umgang mit Gewalt und Angst
- Vorstellung pädagogischer Konzepte im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen.

Angesprochen sind in erster Linie Pädagogen/innen, die in ihrer Arbeit mit rechtsorientierten Menschen konfrontiert werden. So setzt sich der Teilnehmer/innenkreis in erster Linie auch aus Lehrer/innen, Erzieher/innen, Sozialpädagogen/innen, sowie Praxisanleiter/innen aus Jugendprojekten zusammen. Unter den Teilnehmer/innen sind allerdings auch ein Handwerksmeister, ein Schüler einer Projektgruppe gegen Rassismus, ein Drucker aus einer Kleinstadt im Wendland, in der es in letzter Zeit wiederholt zu Ausschreitungen gekommen ist, sowie andere interessierte Bürger/innen. Gemeinsam ist fast allen Teilnehmern/innen, dass sie zum Teil über erhebliche Erfahrungen im Umgang mit rechtsorientierten Menschen verfügen. Z.B. ist unter den Teilnehmern/innen ein Streetworker, der zwei Jahre lang (über ABM) rechtsorientierte Jugendliche betreut hat. Der Seminarverlauf ist geprägt von einer kooperativen Lernatmosphäre und intensivem Erfahrungsaustausch.

Sowohl im Titel als auch in der klaren Strukturierung der Seminarteile verbirgt sich die Annahme, es gäbe eine klar abgrenzbare Personengruppe von Menschen, mit offen gelebter rassistischer und antidemokratischer Gesinnung. Geprägt wird dieses Bild in der öffentlichen Meinung nicht zuletzt durch die Berichterstattung in den Medien. Hier beschränken sich die Berichte in der Regel auf Aktionen „gewaltbereiter Glatzen“ – z.B. bei Naziaufmärschen. Schon im ersten „Training“ wird deutlich, dass sich die pädagogische Praxis in der Regel ganz anders darstellt. Nicht die offene Konfrontation ist das Problem, sondern das „schleichende einsickern rechtsextremer Gesinnung“.

So berichtet eine Teilnehmerin über ein Erlebnis mit einem jungen Erwachsenen aus ihrer Gruppe, der mittlerweile wegen „versuchtem Totschlags“ inhaftiert ist: „Ich weiß, dass er am Wochenende mit seiner Gruppe die Stadt terrorisiert, bei mir in der Gruppe ist er aber nett und fügsam und bastelt z. B. eine Weihnachtskrippe für seine Mutter“. Folgende Charakteristika werden im Einzelnen deutlich:

- Jugendliche mit rechtem Gedankengut werden überwiegend als überangepasst beschrieben.
- Es ist eine Überidentifikation mit „marktwirtschaftlichen Aufstiegsideologien“ festzustellen, die rigide Ausgrenzungsforderungen z. B. gegenüber Migranten/innen beinhalten.
- Es herrscht ein instrumentelles Nutzendenken vor: Maßstab der Beurteilung ist, was der „deutschen Wirtschaft“ nützt. („Mehr Ausländer, die uns nützen – weniger, die uns ausnützen“).

Es spielt dabei offenbar keine Rolle, dass diese Jugendlichen ihren eigenen Wertmaßstäben nicht genügen. Die generelle Frage, was Menschen veranlasst, Anhänger einer gegen sie selbst gerichteten Weltanschauung zu werden, wäre eine Fragestellung für andere Seminare.

Spätestens an diesem Punkt wird deutlich, dass ein Seminar, das sich dem Umgang mit Rechtsextremismus widmet, auch die Frage nach den Werten einer Gesellschaft stellen muss. Wie schon Bundestagspräsident Thierse bemerkte: „Rechtsextremismus beginnt in der Mitte der Gesellschaft“. Pädagogische Handlungsansätze müssen sich mehr auf den Versuch eines „Perspektivwechsels“ konzentrieren. Weniger der Umgang mit unmittelbaren Gewaltsituationen ist zu trainieren, sondern mehr „Argumentationstrainings“ werden benötigt. Folglich gehen die praktischen Übungen auch eher in die Richtung „Parolen Paroli bieten“, als in die Simulation von Gewaltsituationen.

Auch das seminardidaktische Konzept – drei getrennte Seminarteile, mit drei unterschiedlichen Referenten/innen – muss geändert werden. Da die Ausgangssituation komplexer ist, als anfangs vermutet, erfordert auch der Lernprozess mehr Zeit.

Nach der Erkenntnis, dass die Arbeit gegen Rechtsextremismus sozusagen eine „Querschnittsaufgabe“ ist, setzt erst einmal ein Gefühl von Ohnmacht ein. Die Vermutung, es gäbe klare Handlungshilfen für ein eingrenzbare Problem, löst sich auf in ein konfuses Gefühl „nichts ändern zu können“. Da das formulierte Ziel des Seminars aber die Erarbeitung von Handlungsvariationen ist, die sich immer gegen die eigene Ohnmacht richten, ist natürlich genau dieser Effekt nicht gewünscht. Erfreulicherweise sind die Referenten/innen in der Lage, zumindest beim zweiten Training, die ganze Zeit im Seminar zu bleiben. So kann auf das Ergebnis der vorherigen Seminarteile reagiert werden. Wie oben bereits beschrieben, werden die Übungen verändert. Überlegungen, wie z. B. „andere Jugendkulturen“ gestärkt werden können, um rechtsextremen Jugendgruppen die Attraktivität zu nehmen, werden angestellt.

In der Auswertung des Seminars wird von den Teilnehmer/innen festgestellt, dass es (leider) kein Patentrezept im Umgang mit rechtem Gedankengut geben kann. Trotzdem wird übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, dass zahlreiche neue Ideen mit in die (pädagogische) Praxis genommen werden.

Stärkung anderer Jugendkulturen

Auf der Suche nach Konzepten, wie mit rechtsorientierten Jugendlichen umgegangen werden kann, werden wir schnell mit der sogenannten „akzeptierenden Jugendarbeit“ konfrontiert. Auch von vielen Stimmen aus der Gemeinde Himbergen wird gefordert, dass wir uns um die rechtsorientierten Gewalttäter kümmern und diese wieder ins demokratische Gemeinwesen integrieren müssten. Dem widersprechen zahlreiche Berichte (siehe z.B. reihe antifaschistischer texte: Rosen auf den Weg gestreut... – Kritik an der „akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen“, 4. Auflage, Hamburg, 2000) die belegen, dass dieser Ansatz sowohl in ost- als auch in westdeutschen Kommunen gescheitert ist.

Die Ressourcen in der Jugendarbeit sind knapp. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist es kaum zu vertreten, diese Energie und Zuwendung auch noch den Tätern zukommen zu lassen. Unterstützung brauchen die Opfer und andere Jugendliche, die sich gegen Gewalt und Rassismus engagieren. Wir sind der Überzeugung, eines der wirksamsten Mittel gegen rechte Jugendkultur ist die Stärkung der anderen Jugendkulturen.

Unter dem Titel „Alles nur ein Spiel“ bieten wir Jugendbildungsseminare für Jugendliche und junge Erwachsene an, die sich bereits entschlossen haben, in ihrer Schule, ihrem Jugendzentrum, ihrem Betrieb oder anderswo etwas gegen Rechtsextremismus zu tun. Ein Wochenende lang stellen wir Spiele vor, die sich für die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Gewalt eignen. Spiele die in der Gruppe eingesetzt werden können, aber auch Spiele, die den Umgang mit dumpfen Stammtischparolen und rassistischen Witzen üben und dabei helfen Parolen Paroli zu bieten. Außerdem beteiligen wir uns unter anderem an einer Projektwoche der KGS Bad Bevensen und bieten unter

dem Thema „Argumente gegen Rechts – was kann ich tun“ ein fünftägiges Argumentationstraining an.

Die Rückmeldungen der beteiligten Jugendlichen bestätigen unseren Ansatz. Die Selbstvergewisserung in den Seminaren ermöglicht den Jugendlichen, sich zu solidarisieren und erleichtert ihnen das öffentliche Eingreifen. Jugendliche nehmen sehr aufmerksam wahr, dass von ihnen gesellschaftlich erwartet wird, Zivilcourage zu zeigen. Vorgelebt wird ihnen das in der Regel aber nicht.

Vortragsreihe Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt

In Kooperation mit dem VNB und mit finanzieller Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung können die Bildungs- und Kulturvereine in Saggrian, Himbergen, Meuchefitz und Lensian von März bis Juli 2001 ein Dutzend öffentlicher Veranstaltungen zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt in der Region Uelzen - Lüchow-Dannenberg realisieren. Das Spektrum der Veranstaltungen reicht von Vortragsveranstaltungen wie „Rechtsextremisten auf dem Datenhighway“ und Lesungen bis hin zu Konflikttrainings. Mehrfach wird speziell in Schulen mit Jugendlichen gearbeitet. Über die beteiligten Vereine hinaus können zahlreiche Mitveranstalter, wie Elternvereine, Jugendzentren, Schulen etc. gewonnen werden.

Die Bilanz dieser Veranstaltungsreihe ist sehr gemischt. Die direkteste Ansprache des Publikums kann da erreicht werden, wo eingeübte Muster aufgebrochen werden. Serdar Somuncus Lesung aus „Mein Kampf“ im Schulzentrum Dannenberg ist das beste Beispiel für eine gelungene pädagogische und politische Interaktion, der es erfolgreich gelingt, mit den immer stärker dominierenden „bunten Glitzerwelten“ zu konkurrieren.

Die Grenzen der Aufklärung sind bei Erwachsenen in der Regel enger gezogen. Bei Diskussionsabenden zu Neonazis sind gerade „bürgerliche“ Erwachsene gut in der Lage, völliges Entsetzen hinsichtlich der Ausdrucksformen der organisierten extremen Rechten zu äußern. Nichtsdestotrotz favorisieren sie nach wie vor Lösungswege – wie z.B. das Vorhandensein „einer geregelten Arbeit“ und/oder „einer intakten Familie“ – die sich mittlerweile als weitgehend ungeeignet bzw. ungenügend zur Prophylaxe gegen faschistische Denk- und Verhaltensmuster erwiesen haben.

Die rassistischen Bilder in den alltäglichen Wahrnehmungen werden anscheinend genauso schnell wieder verdrängt, wie sie aufgenommen werden. Der Versuch der Veranstaltungsreihe, mit verschiedenen thematischen und methodischen Zugängen einen Blick hinter die Kulissen der rechtsextremen Szene zu werfen, stößt zwar auf Interesse, aber auch oft auf Vorurteile seitens des Publikums. Eine Ausnahme bildet die Diskussion mit Mitgliedern von "kanak attack", einer Migrantenorganisation aus Hamburg. Durch ihre unstrittige Experten/innen-Perspektive, schafft sie die Voraussetzung für einen gleichberechtigten, vorurteilsfreien Dialog.

Ausblick

Neben der Notwendigkeit der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus sind die guten Erfahrungen mit der Kooperation untereinander für die beteiligten Bildungsstätten ein wichtiger Antrieb, um zukünftige Projekte anzugehen. Auf dem Ideenzettel stehen dabei ein Theaterstück von und für Jugendliche, Workshops zur Vertiefung der angerissenen Diskussionen und die Unterstützung einer Praxis, die sich auch regional gegen Faschismus wendet.

Herbst 2001. Ein Jahr intensiver Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus und Gewalt liegen hinter uns. Die Auswertung dieses Jahres ist zwiespältig. Wahrscheinlich genauso widersprüchlich wie die „Paradoxien“ unseres Gemeinwesens:

- Trotz aller öffentlich geäußerten Bekenntnisse, zu keiner unserer Veranstaltungen ist nur ein kommunaler Vertreter von Parteien gekommen. Dafür hatten wir in mehreren Veranstaltungen Beamte des Staatsschutzes sitzen.
- Die Aufforderung zur Zivilcourage der Bürger/innen hat auch da ihre Grenzen, wo die Glasscheiben des kommunalen Rathauses gefährdet sein könnten. Da befürchtet wurde, dass zu einer Veranstaltung, auf der auch jemand von einer örtlichen antifaschistischen Gruppe

sprechen sollte, Neonazis kommen könnten, um die Veranstaltung zu stören, wurde der Versammlungsraum im Rathaus lieber nicht zur Verfügung gestellt.

- Eine weitere paradoxe Randerscheinung sind Ermittlungen wegen der Verwendung „verfassungsfeindlicher Symbole“ und der nicht vollständig nachgekommenen Impressumspflicht bei der Ankündigung zu einer offensichtlich antifaschistischen Veranstaltung über rechtsradikale Musik – die Veranstalter hatten auf die Ankündigung Cover rechter CDs und Platten kopiert. Fast zeitgleich gibt es in unserer Region einen Aufmarsch des sogenannten „Nationalen Widerstands“ um den Hamburger Rechtsradikalen Christian Worch auf dem verbotene Symbole unbehelligt getragen werden konnten ...

Vor einem Jahr wurde der „Aufstand der Anständigen“ gefordert, heute wird eine Debatte um ein nicht vorhandenes „Recht auf Faulheit“ geführt. Eine Debatte, die die Ausgrenzung und Stigmatisierung von Minderheiten unterstützt und den dumpfen, vordemokratischen Kampagnen rechter Gruppierungen in die Hände arbeitet. Widersprüchlicher können die politischen Signale kaum sein.

Über die Arbeit des „Runden Tisches gegen rechte Gewalt“ hat das Tagungshaus Himbergen inzwischen eine Dokumentation erstellt. Die Dokumentation trägt den Titel „Aus dem Alltag gerissen“ ist 64 Seiten stark und enthält Interviews, Hintergrundberichte und eine Pressedokumentation. Sie kann gegen einen Kostenbeitrag von 5,- DM beim Tagungshaus Himbergen e.V., Bahnhofstraße 4, 29584 Himbergen bestellt werden.

Bestelladresse „Rosen auf den Weg gestreut...“ rat – reihe antifaschistischer texte, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

Christian Hölscher

Für ein tolerantes Miteinander - Bildungsarbeit zur Prävention von Gewalt und Rechtsextremismus

Ausgangslage

Gewalt und Rechtsextremismus werden seit Ende der 80er Jahre wieder verstärkt öffentlich diskutiert. Bis heute sind fast täglich Schlagzeilen von Übergriffen, z.T. schon von Kindern und Jugendlichen auf Gleichaltrige, jüdische und ausländische Mitbürger/innen, Behinderte, politisch Andersdenkende in den Zeitungen zu lesen. Körperverletzungen, Straßekriminalität, Raub, Erpressung und andere gewalttätige Auseinandersetzungen unter Jugendlichen nehmen zu. Fast jeder sechste Jugendliche ist mittlerweile in irgendeiner Form bewaffnet. Polizei und Sozialarbeiter/innen berichten von einem Verlust der moralischen Hemmschwellen gegenüber Gewalttaten, insbesondere Rücksichtslosigkeit und Rohheit bei der Tatausführung nehmen zu. Auch die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten ist nach Angaben des Bundesinnenministeriums im Jahr 2000 drastisch angestiegen. Vor allem Gewalttaten, Volksverhetzungs- und Propagandadelikte haben zugenommen. Laut *Tagesspiegel* stieg die Zahl rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Delikte 2000 im Vergleich zum Vorjahr von 10 000 auf 14 000 und damit auf den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. In Niedersachsen verzeichnete der Verfassungsschutz im Jahr 2000 1182 rechtsextremistische Straftaten und damit einen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um 82 Prozent. Die Zahl militanter jugendlicher Rechtsextremisten hat sich in Niedersachsen mit 1250 organisierten Anhängern von 1997 bis 2000 mehr als verdoppelt. Der niedersächsische Innenminister Bartling sieht einen Zusammenhang zwischen den steigenden Mitgliederzahlen und der starken Zunahme rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten. So registrierten die niedersächsischen Staatsschützer im vergangenen Jahr 168 antisemitische Delikte – 73 Prozent mehr als noch 1999. Bei Straftaten mit fremdenfeindlichen Hintergrund gab es einen Anstieg um 61 Prozent auf 427 Fälle.

Diese Zahlen verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf, auch wenn es zu berücksichtigen gilt, daß die öffentliche Sensibilisierung zu den Themen Rechtsextremismus und Gewalt eine höhere Anzeigebereitschaft in der Bevölkerung ausgelöst hat und so zumindest ein Teil des dramatischen Anstiegs mit erklärt werden muß.

In Folge dieser sich bereits in den letzten Jahren abzeichnenden Entwicklung, rufen Bundes- und Landesregierung, Parteien, Justiz, Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, etc. zur Entwicklung von geeigneten Gegenstrategien auf. Finanzielle Mittel insbesondere für Aufklärungs- bzw. Zivilcouragekampagnen, Aussteigerprogramme, Jugendsozialarbeit, Beschäftigungsprogramme für Jugendliche, Bildungsarbeit, etc. werden bereit gestellt.

Ursachentheorien

In den Sozialwissenschaften und ihren Nachbardisziplinen existieren verschiedene Theorien zur Entstehung rechtsextremistischen Denkens und Handelns und dem Aufkommen von Gewalt.

Unabhängig von unterschiedlichen Ausgangslagen der verschiedenen theoretischen Modelle, sieht Möller (vgl. Möller 2001) den gemeinsamen Kern der

Erklärungsansätze im innergesellschaftlichen Zivilisationsverlust als Folge der zunehmend fortschreitenden Modernisierung. Während sich also einerseits die Chancen auf eine individuelle Lebensgestaltung erhöhen, entsteht andererseits ein Verlust an Gruppenzugehörigkeit. Wirtschaftlich und sozial verunsicherte junge Menschen sind die Folge. Zu den altersbedingten Unsicherheiten (Pubertäts- und Adoleszenzkrise) wird die junge Generation zusätzlich durch Perspektivlosigkeit, Lehrstellenmangel, Orientierungslosigkeit, Konkurrenzangst u.v.m. belastet.

Statt einzelner und nicht in Verbindung miteinander stehender Gegenmaßnahmen, fordert Möller eine Breitbandinitiative von Wirtschaft, Politik und Pädagogik (vgl. Möller, 2001). Wesentliches Ziel einer solcherart angelegten gemeinsamen Initiative wäre das Erlernen von gegenseitiger Achtung und Anerkennung. Gerade diese Form von Verantwortlichkeit, die Übernahme von Verantwortung für sich und andere, bezieht den öko-sozialen Nahraum und damit das konkrete Lebensumfeld der jungen Menschen mit ein.

Kommunale Kriminalprävention

In unserer Gesellschaft wird in den letzten Jahren verstärkt über Jugendkriminalität diskutiert. Sozialarbeiter/innen und Lehrer/innen berichten übereinstimmend von zunehmender Gewalt und Aggression von, an und unter jungen Menschen. Prävention ist Vorbeugung und bedeutet daher, Kriminalität nicht erst bekämpfen wenn sie eingetreten ist, sondern sie im Vorfeld verhindern.

Im Bereich der Kriminalprävention gibt es seit Mitte der 90er Jahre auf Landes- und auf kommunaler Ebene das Bestreben, lokale und regionale Besonderheiten zur Verhinderung von (Jugend-) Kriminalität zu berücksichtigen. Die mittlerweile fast flächendeckend in jeder niedersächsischen Stadt und in jedem niedersächsischen Landkreis entstandenen Präventionsräte bieten die Möglichkeit, spezifisch lokale Themen zu bearbeiten. In einem Netzwerk unterschiedlicher Organisationen arbeiten Fachleute aus den Kommunen, der Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Jugendarbeit, den Schulen, den Kirchen, etc. gemeinsam an Projekten und Strategien im Vorfeld von (Jugend-) Kriminalität.

Während also einerseits von verantwortlichen Politiker/innen wirksame Strategien gegen den weiteren Anstieg rechtsextremer Gewalt gefordert werden und von Wissenschaftler/innen andererseits übergreifende Bündnisse aus Politik, Wirtschaft und Pädagogik angeregt werden, sollte nicht übersehen werden, daß in vielen Kommunen Niedersachsens bereits heute Netzwerke zur Reduzierung von Gewalt und Kriminalität in Form der kommunalen Präventionsgremien existieren.

LEB Göttingen

Die LEB, Beratungsbezirk Göttingen, führt in den südniedersächsischen Landkreisen Göttingen, Osterode und Norheim Bildungsangebote im Bereich der präventiven Arbeit durch. Einen Schwerpunkt bilden Massnahmen der beruflichen Bildung in Zusammenarbeit mit den Arbeits- und Sozialämtern, überwiegend für die Zielgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Neben der beruflichen Orientierung und Qualifizierung spielen insbesondere die Entwicklung der sozialen Kompetenzen eine große Rolle. Weiterer Schwerpunkt ist die zielgruppenorientierte Bildungsarbeit mit Vereinen und Gruppen vor Ort. Zusätzlich schult die LEB in Seminaren, Vorträgen und Mitarbeiter/innenfortbildungen Ehrenamtliche, Hauptamtliche und Interessierte zu den Themen: Situation der Jugend, Arbeitslosigkeit, Rechtsentwicklung, Umgang mit Konflikten, u.v.m.. Im Rahmen der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene entsteht im Flecken Bovenden die Idee, eine konkrete Bildungsinitiative zur Prävention von Gewalt und Rechtsextremismus durchzuführen.

Bovender Modell

Das nun folgende hier skizzierte *Bovender Modell* stellt den Versuch dar, außerschulische Bildungsarbeit mit kommunalen Präventionsgremien modellhaft zu verbinden. Die daraus für beide Seiten gewonnenen Erkenntnisse schaffen Synergieeffekte hinsichtlich einer effektiveren Prävention von Gewalt und Rechtsextremismus.

Vorgeschichte

Parallel zu den Vorbereitungen der LEB (ab Jan. 2001), Bildungsangebote zu den Themen Rechtsextremismus und Prävention von Gewalt zu entwickeln, gibt es Berichte, nach denen auch im Flecken Bovenden Aktivitäten von rechtsextremen Jugendlichen und eine Zunahme von Vandalismus und Gewalt unter Jugendlichen beobachtet werden. Das LEB Bezirksbüro Göttingen steht in Kontakt zur Kommune und der dort ansässigen Jugendpflege. Auch dort gibt es vereinzelte Informationen über problembelastete Jugendliche. Genaueres weiß zu diesem Zeitpunkt aber niemand. Um mehr Informationen zu sammeln und gegebenenfalls präventive Maßnahmen gegen die Entstehung von Gewalt und die Etablierung einer „rechten Jugendszene“ in der Gemeinde einzuleiten, initiieren das Sozialamt und die Jugendpflege unter Federführung des LEB Bezirksbüros Göttingen die Gründung eines *Bündnisses für ein tolerantes Miteinander*. Obwohl es (noch) keine schlagzeilenkräftigen Übergriffe auf Ausländer/innen, Juden/Jüdinnen, Behinderte, Homosexuelle oder politisch Andersdenkende gibt, folgen der Einladung im März 2001 fast vierzig Personen. Der Versammlungsraum wird von der ebenfalls in der Gemeinde ansässigen Heimvolkshochschule *Mariaspring* zur Verfügung gestellt. Vertreten sind die Gemeinde Bovenden durch die Gemeindebürgermeisterin und dem Sozialamtsleiter, die Jugendpflege, die Kirchen, die Vereine mit Jugendabteilungen, die Polizei, die Schulen, der Göttinger Präventionsverein *Kompakt*, Vertreter/innen der örtlichen Jugendräume, die aufsuchende Jugendarbeit des Landkreises Göttingen, die Kindergärten, interessierte Bürger/innen, etc..

Bündnis für ein tolerantes Miteinander

Nach Begrüßung und Vorstellung aller Beteiligten erläutert Fr. Hoffmann-Busch (LEB Bezirksbüro Göttingen) die präventiven Motive für die Bündnisgründung und gibt eine ausführlichere Einführung in die Thematik Rechtsextremismus und Gewalt bei jungen Menschen. Es folgt ein kurzer Beitrag des Autors über kommunale (Kriminal-) Prävention, bei der insbesondere für die lokale Vernetzung aller im weitesten Sinne in der Jugendarbeit Tätigen geworben wird. Kontinuierlicher und regelmäßiger Informationsaustausch der beteiligten Institutionen und die Berücksichtigung der sozialen Brennpunkte, sind Voraussetzungen für eine frühzeitig ansetzende Präventionsarbeit. Beim anschließenden Austausch über die praktischen Erfahrungen in der Jugendarbeit entsteht eine breite und ausführliche Diskussion, in der u.a. gewalttätige Auseinandersetzungen unter Jugendlichen, Vandalismus oder das auffällige Verhalten einiger Jugendlicher thematisiert werden. Berichte über Aktivitäten organisierter Rechtsextremer werden aus dieser Runde nicht bestätigt. Gleichwohl, so der Tenor dieses ersten Bündnistreffens, sind alle Beteiligten weiter aufgefordert, wachsam gegenüber gewalttätigen oder rechten Entwicklungen zu bleiben.

Für die zukünftigen Aktivitäten des Bündnisses werden viele Vorschläge gemacht:

- Schaffung von weiteren Jugendräumen

- Vernetzung der Aktivitäten in der Jugendarbeit der einzelnen Ortschaften
- Informationsaustausch über aktuelle Vorfälle
- Verstärkte Anstrengungen zur Integration von Aussiedlerjugendlichen im Ortsteil Lenglern, Verhinderung von deren Ghettoisierung
- Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Ehrenamtliche und Förderung der Nachbarschaftshilfe
- Primärprävention im Bereich Rechtsextremismus durch Bildungsarbeit
- Gewaltprävention in Kindergärten und Grundschulen
- Initiierung von Projekten in den Schulen zum Thema Gewalt und Rechtsextremismus
- Schaffung von runden Tischen

Die fast dreistündige Dauer der Veranstaltung, die rege Beteiligung als auch die entwickelten Ideen für die künftige Arbeit, unterstreichen den Handlungsbedarf und das große Interesse an der weiteren Zusammenarbeit. Erste Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit werden noch unmittelbar während der ersten Veranstaltung getroffen.

Erste Ergebnisse

Auf dem acht Wochen später stattfindenden Folgetreffen (Mai 2001), legt die Jugendpflege Bovenden in Zusammenarbeit mit der aufsuchenden Jugendarbeit des Landkreises Göttingen bereits ein erstes Konzept für die Jugendarbeit im Ortsteil Lenglern vor. Neben der Schaffung von Begegnungsräumen (werden von den Jugendlichen in Eigenregie umgebaut und renoviert), projekt- und zielgruppenorientierter Jugendsozialarbeit (u.a. geschlechtsspezifische Angebote zur Verbesserung der Selbstbehauptung und Umgang mit Gewalt) sowie Nachhilfeunterricht und berufsbildende Massnahmen für die Aussiedlerjugendlichen, wird die Gründung eines Beirates im Ortsteil selber angeregt.

Aus dem Bündnis heraus werden drei Arbeitsgruppen gebildet. Die erste Arbeitsgruppe unterstützt die Bemühungen um die Integration der Aussiedlerjugendlichen in Lenglern, eine zweite Arbeitsgruppe initiiert Suchtpräventionsveranstaltungen unter Beteiligung der Eltern, Lehrer/innen und Sportvereine im örtlichen Schulzentrum und die dritte Arbeitsgruppe erarbeitet Gewaltpräventionskonzepte für Kindergärten und Grundschulen. Zusätzliche Arbeitsgruppen werden nach Bedarf eingerichtet. Die Koordinierung der Arbeitsgruppen wird von der Jugendpflege übernommen. Die Bündnistreffen werden künftig in halbjährigen Abständen stattfinden und die Arbeitsgruppen werden dort ihre Ergebnisse präsentieren. Für aktuelle Vorkommnisse und Entwicklungen sind kurzfristige Treffen vereinbart. Zusätzlich wird eine Liste mit lokalen Ansprechpartner/innen zu den spezifischen Themen erstellt.

Stand September 2001

In den Sommermonaten 2001 haben die beteiligten Institutionen und Personen ihre Vorhaben weiter konkretisiert. So haben die Jugendpflege des Flecken Bovenden gemeinsam mit der aufsuchenden Jugendarbeit des Landkreises Göttingen ihre Arbeit zur besseren Integration der Aussiedlerjugendlichen im Ortsteil Lenglern aufgenommen. Neben Sprachförderprogrammen in Zusammenarbeit mit der KVHS-Göttingen entsteht unter Beteiligung der Jugendlichen während der Herbstferien 2001 ein Internetcafé. Dieses wird als gemeinsames Lehr- und Lernfeld von den Jugendlichen genutzt. Es dient der Begegnung und dem Kennenlernen der unterschiedlichen Jugendlichen und deren Kulturen und trägt somit zu einem

besseren Verständnis untereinander bei. Gleichzeitig ist es durch gezielte Ansprache gelungen, ältere Aussiedlerjugendliche als Multiplikatoren für die Jugendarbeit zu gewinnen. Parallel zu der Jugendarbeit, wirbt der *Runde Tisch Lengler* für mehr Verständnis füreinander innerhalb der Erwachsenenwelt. Ziel ist es auch hier, die nachbarschaftlichen Verhältnisse innerhalb des Ortsteils zu verbessern und mögliche Konflikte schon im Vorfeld auszuräumen. Gezielte Bildungsangebote (siehe unten) für Jugendliche, Erwachsene und Multiplikator/innen begleiten und unterstützen den Prozess des gegenseitigen Kennenlernens und helfen dabei, gegenseitige Vorurteile abzubauen.

Auch die Arbeitsgruppen *Gewaltprävention in Schulen und Kindergärten* und *Suchtprävention im schulischen Bereich* arbeiten intensiv. Während die AG-Gewaltprävention das Fehlen von positiven männlichen Vorbildern insbesondere in Kindergärten und Grundschulen bemängelt und entsprechende geschlechtsspezifische Angebote erarbeitet, bereitet die AG-Suchtprävention eine Veranstaltung im Bovender Schulzentrum zum Missbrauch von Drogen noch in diesem Schuljahr vor. In der außerschulischen Jugendarbeit bietet der SV Bovenden Mitternachtsbasketballturniere an und organisiert gemeinsam mit Kirchen, Jugendpflege und Vereinen alkoholfreie Discoververanstaltungen für junge Menschen.

Bildungsarbeit und kommunale Prävention

Für das LEB Bezirksbüro Göttingen bietet diese Form der Partizipation an einem lokalen Präventionsgremium mehrere Vorteile. So kann es die eigenen Bildungsangebote zur Thematik auf Praxisrelevanz überprüfen und erhält Anstöße und Anregungen, die eigenen Angebote flexibel und zielgruppenorientiert zugunsten einer noch größeren Teilnehmer/innenorientierung zu gestalten. Gleichzeitig erhalten die kommunalen Präventionsgremien durch das Mitwirken von Bildungsträgern einen Überblick über aktuelle Bildungs- und Weiterbildungsangebote und können somit schneller und gezielter auf aktuelle Entwicklungen reagieren. Durch die enge Zusammenarbeit von Kommunen und Bildungsträgern entstehen somit für beide Seiten Synergieeffekte hinsichtlich einer Effektivierung von Bildung *und* Prävention.

Bildungsangebote zu den Themen Rechtsextremismus und Prävention von Gewalt

In Kooperation mit verschiedenen Institutionen bietet die LEB seit Frühsommer 2001 Bildungsangebote zu den Themen Rechtsextremismus und Prävention von Gewalt an. Gemeinsam mit Gruppen und Vereinen, die seit längerem zu der Thematik arbeiten, entsteht ein Programm, das die unterschiedlichen Bedürfnisse für Jugendliche, Erwachsene und Multiplikator/innen berücksichtigt.

Der Verein *Medium e.V. – Institut für geschlechtsbezogene Bildung, Sozialpädagogik und Forschung* bietet für die LEB Projekte für Jugendliche und Fortbildungen für soziale Fachkräfte und Multiplikator/innen zum Themenkomplex **Rechtsextremismus und Rassismus** an. In Projektform soll gemeinsam mit Jugendlichen den eigenen Ängsten, Aggressionen und Unsicherheiten auf die Spur gekommen werden. Sozialen Fachkräften wird die Möglichkeit geboten, sich im Rahmen von Fortbildungen mit der Bedeutung von Rassismus und Rechtsextremismus im Alltag auseinander zu setzen und ihr Sachwissen auf diesem Gebiet zu erweitern.

Darüberhinaus werden Fortbildungen, Seminare, Vorträge und Beratungen zu den Themen interkulturelle Kompetenz und Begegnung, Nationalsozialismus, Flucht und Migration, Gewaltprävention und konstruktive Konfliktlösung angeboten.

Die AG Diskriminierung und Globalisierung des *Instituts für angewandte Kulturforschung e.V.* bietet für die LEB Veranstaltungen zu den Themen **Subkultur Skinheads** und **Nazis im Internet** an. Beide Angebote richten sich an Jugendliche, Erwachsene und Multiplikator/innen.

Subkultur Skinheads gibt einen allgemeinen Überblick zu aktuellen (Jugend-) Subkulturen und beleuchtet die Geschichte der Skin-Bewegung, die erst in späteren Jahren von den Rechtsextremen teilweise für sich vereinnahmt wurde. Nicht jeder Skinhead ist ein Nazi-Skinhead ! Gleichzeitig bietet diese Veranstaltung Einblicke in die Organisationen und Netzwerke der Nazi-Skinheads und zeigt Möglichkeiten der Prävention im Umgang mit rechter Gewalt auf. Anhand von Skinzines, Musikzeitschriften, Kataloge für Kleidung und Bücher, Musik, etc. werden tiefe Einblicke in eine für die meisten Menschen unbekannt (Jugend-) Kultur gewährt.

Nazis im Internet thematisiert die seit Jahren ansteigende Verbreitung rechtsextremer Propaganda via Internet. Die NPD oder sog. Freie Kameradschaften nutzen das Internet u.a. gezielt zur Mobilisierung ihrer Anhänger/innen. Da das Internet für Jugendliche eine besondere Anziehungskraft ausübt, besteht die Gefahr, daß jungen Menschen über dieses Medium ein uneingeschränkter und kaum kontrollierbarer Zugang zu neonazistischer Propaganda ermöglicht wird. Neben allgemeinen Grundlagen des Internets und der Bedeutung des Internets für neonazistische Gruppen werden in diesen Veranstaltungen Gegenstrategien aufgezeigt und entwickelt.

Das *Institut für angewandte Kulturforschung e.V.* bietet diese Veranstaltung für Erwachsene und Multiplikator/innen an.

Der *Verein Jugendhilfe in der Jugendanstalt Göttingen-Leineberg e.V.* bietet zu dieser Thematik auch Veranstaltungen für Jugendliche und Jugendgruppen an.

Die *Geschichtswerkstatt Göttingen e.V.* veranstaltet für die LEB Stadtrundgänge zum Thema **Göttingen im Nationalsozialismus**. Im Rahmen dieses Rundgangs wird nicht nur die Situation der Opfer thematisiert, sondern es soll deutlich werden, daß die Ziele nationalsozialistischer Politik nur mit tatkräftiger Hilfe lokaler Unterstützer/innen und aktiver Täter/innen vor Ort erreichbar waren. Die konkreten Stationen des Rundgangs tragen zur Entanonymisierung der lokalen Geschichte des Nationalsozialismus bei. Die Stadtrundgänge werden für Jugendliche, Erwachsene und Multiplikator/innen mit begrenzter Teilnehmer/innenzahl angeboten.

Fazit

Bei dem an dieser Stelle zu ziehenden Fazit, kann es sich allenfalls um ein erstes Zwischenresumée handeln. Das *Bovender Modell*, kommunale Präventionsarbeit mit Bildungsmaßnahmen eng zu verzahnen, ist für beide Seiten bisher positiv verlaufen. Neben gegenseitigen inhaltlichen Anregungen und Reflexion der Praxisrelevanz von Bildungsangeboten zur Thematik, ist die Einbettung des Bildungsträgers LEB in ein kommunales Präventionsgremium als wichtiger Schritt zu bewerten. Die Effektivität kommunaler Prävention hängt nicht zuletzt vom Mitwirken möglichst vieler gesellschaftlicher Kräfte ab. An der konkreten Lebenswelt orientierte und aufklärende sowie emanzipatorische Bildungsangebote sollten der kommunalen Präventionsarbeit zur Verfügung gestellt werden. Rückwirkend sollten die Erfahrungen der Präventionsarbeit wieder in die Entwicklung weiterer Bildungsangebote zurückfließen.

Auf die ersten Erfahrungen aufbauend, plant die LEB eine ähnliche Initiative in der Gemeinde Katlenburg im Landkreis Northeim.

Literatur:

Möller, Kurt, „Gewalt und Rechtsextremismus“, Konturen-Erklärungsansätze-Grundlinien politisch-pädagogischer Konsequenzen, Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, Hannover 2001

Autor

Christian Hölscher, (M.A.), LEB (Beratungsbezirk Göttingen)
geb. 1966

Ausbildung: Studium der Pädagogik, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Ethnologie und Sportwissenschaften in Göttingen

Dialogische Gestalttherapieausbildung

Päd. Mitarbeiter der LEB im Beratungsbezirk Göttingen mit dem Schwerpunkt „Bildungsarbeit zur Gewaltprävention“, Mitarbeiter im Verein Jugendhilfe in der JA Göttingen-Leineberg und im Projekt „Kontakt“(aufsuchende Jugendsozialarbeit), Geschäftsführung des „Vereins zur Förderung der kommunalen Präventionsarbeit – Kompakt e.V.“, Mitglied im Göttinger Präventionsrat

Kontakt: Christian Hölscher, Rosdorfer Weg 76, 37081 Göttingen

Tel.: 0 55 1/50 72 769; Fax: 0 55 1/50 72 768

www.ja-leineberg.de

Das Bürgerkomitee „Weiße Rose“ in Hannover von Klaus Vespermann

Seit genau einem Jahr gibt es in Hannover das *Bürgerkomitee „Weiße Rose“*. Es ist eine überparteiliche Vereinigung von Menschen, die sich – ohne das übliche Pathos – für Toleranz, gegen Rassenhass und rechte Gewalt einsetzen.

Der Name *Weiße Rose* wurde bewußt gewählt, nicht nur um eine wichtige Erinnerungsarbeit zu leisten, sondern die *Weiße Rose* soll auch äußeres Symbol sein, Zivilcourage zu zeigen. Der Publizist *Sebastian Haffner*, der 1938 aus Nazideutschland emigrierte, notierte in seinen „Erinnerungen 1914 – 1933 Geschichte eines Deutschen“: „*Zivilcourage – der Mut zum eigenen Entschluß und zur eigenen Verantwortung – ist in Deutschland eine rare Tugend.*“ Diese Tugend, die während der Nazi-Zeit Ausnahme war, sollte in der heutigen Zeit Allgemeingut sein oder werden.

Dem Bürgerkomitee schlossen sich in der Gründungsphase viele Kulturschaffende und auch Institutionen an, die mithelfen wollten. So konnten wir in den vergangenen Wintermonaten eine Filmreihe in Zusammenarbeit mit dem kommunalen Kino, Theater- und Musicalaufführungen mit dem Schauspielhaus Hannover und der Landesbühne sowie Einzelveranstaltungen mit verschiedensten Künstlern (z. B. Lesungen) durchführen.

Der Bekanntheitsgrad des Komitees wuchs mit jeder Veranstaltung. Um alle Organisations- und Koordinierungsaufgaben gewährleisten zu können, richtete die VHS Hannover eine hauptamtliche Geschäftsführung ein. Außerdem wollten wir auch damit anderen Städten und Gemeinden zeigen, wie eine längerfristig angelegte Angebotsstruktur zu entwickeln sei.

Mittlerweile hat sich nach unserem Vorbild und durch unsere aktive Unterstützung auch in Wunstorf ein Bürgerkomitee gebildet. Wie bei uns, ist hier die VHS Hannover-Land Kooperationspartner der Bürgerinnen und Bürger. In Langenhagen steht die Gründung eines Komitees in Aussicht.

„Globalisierung der Demokratie“ sollte eine lebenslange Aufgabe aller Bürger sein. Um diesen Gedanken in die Tat umzusetzen und auch junge Leute zu erreichen, gab das Komitee ein Theaterstück in Auftrag, das im August dieses Jahres Premiere hatte. Inzwischen wurde das Stück mit dem Titel „*Perlicco!Perlacco!*“ in verschiedenen Schulen aufgeführt und wird in diesem Herbst in Schulen Sachsen-Anhalts gastieren. Wichtige Partner bei dieser Produktion (Gesamtkost 180.000,-DM) waren die Niedersächsische Lottostiftung, die Bundeszentrale sowie die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung. Für das kommende Frühjahr ist eine größere Tournee durch niedersächsische Städte in Planung.

Ein weiteres Standbein unserer kontinuierlichen Arbeit war die Entwicklung eines *Prominenten-Talk für Toleranz „Die weiße Runde“*. Seit Juni kommen einmal monatlich bundesprominente Gäste, live vor Publikum, über Hörfunk (Radio flora) und Internet-TV über www.medienhaus-hannover.de, zu Wort. Im Gespräch mit dem Prominenten-Talker Matthias Horndasch erzählen sie, unterhaltsam wie lehrreich, aus ihrem Leben, berichten von persönlichen Erfahrungen mit Toleranz und Unterdrückung, raisonnieren über diesbezügliche Nachrichten und machen Appetit auf Engagiertheit für Mitmenschlichkeit, Verständnis und Demokratie.

Wer mehr Informationen über unsere Arbeit erhalten möchte, wendet sich bitte direkt an die folgende Adresse.

Klaus Vespermann ist Projektleiter für die Arbeitsgemeinschaft 9. November '38, das Bürgerkomitee "Weiße Rose" und Gedenkstättenarbeit an der Volkshochschule Hannover, Theodor-Lessing-Platz 1, 30159 Hannover, Tel. 0511 / 168 41490, Fax 0511 / 363 1406, e-mail: Klaus.Vespermann.43@Hannover-Stadt.de